



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU • Foto: IG BAU Alexander Paul Englert • hochgeladen von Theodor Groesdonk

Zur Halbzeitbilanz der GroKo erklärt Robert Feiger, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU):

„Arbeits- und sozialpolitisch kann sich die GroKo sehen lassen. Beim Wohnungsbau muss sie nachsitzen. Hier sind die GroKo-Noten schlecht. Die Fakten im Seehofer-Ressort sprechen für sich: Im vergangenen Jahr sind lediglich knapp 286.000 Wohnungen neu gebaut worden. Die Prognose für dieses Jahr ist ähnlich. Alle relevanten Branchenindikatoren sprechen dafür, dass auch 2019 wiederum kaum mehr als 290.000 Neubauwohnungen entstehen werden.

Damit steht fest: Ihr Ziel von 1,5 Millionen Neubauwohnungen bis 2021 wird die GroKo ganz sicher nicht erreichen. Andernfalls müssten bundesweit in den kommenden beiden Jahren jeweils 460.000 Wohnungen neu gebaut werden – eine absolute ‚GroKo-Illusion‘. Das gehört auch zur Wahrheit dieser Halbzeitbilanz.

Besserung ist nicht in Sicht: Bei den Baugenehmigungen für Wohnungen gibt es in diesem Jahr bereits einen Abwärtstrend: Von Januar bis August gab es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Rückgang um 2,5 Prozent. Und der Trend nach unten hält an.



Pressespiegel

Ausgabe: 11.11.2019



Das in der Halbzeitbilanz gefeierte Baukindergeld verfehlt klar seinen Zweck. Statt den Neubau von Wohnungen anzukurbeln, fließt es zu nahezu 90 Prozent in den Kauf von bereits bestehenden Eigentumswohnungen und Häusern. Das treibt die Preise – und der Neubau-Impuls ist nahe Null.

Zur GroKo-Halbzeitbilanz gehört diese Feststellung: Deutschland leidet unter einem enormen Wohnungsmangel und einer eklatanten Sozialwohnungsnot.

Der soziale Wohnungsbau in Deutschland verödet. Mittlerweile ist nur noch jede 36. Wohnung überhaupt eine Sozialwohnung: 2,8 Prozent vom gesamten Wohnungsbestand. Hier ist in den letzten Jahren deutlich zu wenig getan worden. In Sachen Sozialwohnungsbau lahmt die Politik. Schuldzuweisungen vom Bund, die Länder müssten mehr tun, reichen nicht.

Im Schnitt sind allein in den vergangenen drei Jahren 84.550 Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen – pro Jahr. Rein rechnerisch verschwinden damit pro Tag 232 Sozialwohnungen vom Markt – knapp zehn Wohnungen pro Stunde, alle sechs Minuten eine.

Das ‚Minimal-Ziel‘ der Politik muss sein: Bis 2030 wieder 2 Millionen Sozialwohnungen. Der Stand aktuell: nicht mal 1,2 Millionen.“

Lokalkompass



Gewerkschafter Carsten Burckhardt ins EFBH-Präsidium gewählt



Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU • Foto: IG BAU Alexander Paul Englert • hochgeladen von Theodor Groesdonk

Der deutsche Baugewerkschafter Carsten Burckhardt ist heute in das Präsidium der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) gewählt worden. Burckhardt, der auch Mitglied im Bundesvorstand der IG BAU ist, wurde von der EFBH-Generalversammlung in Wien für das Amt bestimmt.

Die EFBH und ihre Mitgliedsorganisationen seien ein Garant dafür, dass es in Europas Arbeitswelt von morgen fair zugehe, sagte der 46-Jährige. „Aber gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen sind nur mit Tarifverträgen machbar. Andernfalls droht gerade in der Bau- und Forstwirtschaft ein verschärftes Lohn-Dumping.“ Europaweit müsse daher die Devise „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gelten.

Burckhardt forderte die EU-Politiker außerdem dazu auf, die digitale Transformation in der Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. „Digitale Technologien müssen etwa auf dem Bau dazu dienen, physische und psychische Belastungen zu vermindern. Sie dürfen nicht Ängste um den eigenen Arbeitsplatz schüren“, so der Gewerkschafter weiter. Zudem seien massive Investitionen in die Qualifikation der Beschäftigten nötig, um niemanden auf dem Arbeitsmarkt von morgen zurückzulassen.

Die EFBH vereinigt mehr als 70 europäische Gewerkschaften aus der Bau- und Forstwirtschaft, der Holzindustrie und verwandten Branchen. Auf der alle vier Jahre tagenden EFBH-Generalversammlung werden das Präsidium und der Generalsekretär gewählt. Außerdem geht es um den Beschluss der Leitlinien für die Arbeit der kommenden Jahre. In diesem Jahr findet die Generalversammlung vom 7. bis 8. November in Wien statt.